

# Rechtspopulismus und soziale Frage Schwerpunkt FPÖ



**Dr. Nikolaus Kowall Forschungs-  
institut für gesellschaftliche  
Weiterentwicklung**

**IMK-Workshop  
Plurale Ökonomik  
12. August 2016, Berlin**



# Soziale Frage in der FPÖ

# „Sozial statt Sozialismus“



FPÖ-Chef HC Strache, 1. Mai 2009 [in Linz](#)

# „Sozial statt Sozialismus“

- Das Motto müsse "*Solidarität statt Klassenkampf*" lauten
- Der Neoliberalismus sei genauso gescheitert wie der Marxismus. Es brauche einen neuen dritten Weg.
- „*Man muss den sozialen Gedanken von seiner Pervertierung, vom Sozialismus (...) befreien*“

# EU-Wahlkampagne 2009



# Plakatkampagne 2011



# FPÖ-Agenda Nationalratswahl 2013

**FPÖ** DIE SOZIALE  
HEIMATPARTEI

f/hcstrache

**Wir helfen zuerst  
im EIGENEN LAND**

**ROT-SCHWARZ hilft Bank & Spekulant**



# FPÖ-Agenda 2013

- 1.600 Euro Mindestlohn + Lohnnebenkostensenkung für Unternehmen
- Steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen
- Volle Wertanpassung aller Familienleistungen
- Ostöffnung des Arbeitsmarktes verhindern
- Jährliche Rentenanpassung nach Rentenpreisindex (2013: 2,9%)

**FPÖ** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI [f/hcstrache](#)

## Euer Einkommen

muss zum Auskommen reichen

Parlamentsbeschlüsse von SPÖ und ÖVP führen dazu, dass den Österreicherinnen und Österreichern immer weniger Geld zum Leben bleibt. Gleichzeitig vergeben Rot-Schwarz und die Grünen mit lockerer Hand Milliardenbeträge an Banken und EU-Pleite-Staaten. Die FPÖ kämpft im Parlament dafür, dass die eigene Bevölkerung ein Einkommen hat, mit dem sie auch auskommen kann.

**Beispiele für das rot-schwarze Sündenregister:**

- Die ASVG-Pensionen werden laufend entwertet, die Polit-Luxus-Pensionen werden nicht angetastet.
- Der durchschnittliche Arbeiter verdient um 12 Prozent weniger, die Gruppe der am schlechtesten verdienenden Arbeiter sogar um 40 Prozent weniger als im Jahr 1998.
- Die Familienleistungen werden seit vielen Jahren nicht an die Inflation angepasst.
- Das Kindergeld wurde seit seiner Einführung 2002 nie erhöht.
- Der Zugang zum Pflegegeld wurde erschwert.
- Behinderte in Tageswerkstätten bekommen bis heute nur ein Taschengeld und haben keinen Pensionsanspruch.

FPÖ-Klubobmann  
HC Strache:  
„Am 29.9. hingehen und Einkommen zum Auskommen wählen!“

**Dafür kämpfe ich mit der FPÖ im Parlament:**

- ✓ Mindestlohn von 1.600 Euro brutto/Monat (bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer)
- ✓ Mehr Netto vom Brutto für kleine und mittlere Einkommen durch Entlastungen bei der Lohnsteuer
- ✓ Volle Wertanpassung der Pensionen nach dem Pensionistenpreisindex
- ✓ Streichung der Polit-Luxus-Pensionen
- ✓ Volle Wertanpassung der Familienleistungen, steuerliche Entlastung für Familien
- ✓ Erhöhung des Kindergeldes
- ✓ Gerechter Zugang zum Pflegegeld und Rücknahme der Kürzungen
- ✓ Volle sozialrechtliche Absicherung von Behinderten in Tageswerkstätten

HC Strache  
HC Strache

AUS LIEBE ZU ÖSTERREICH  
FPÖ

QR Code



# Kultureller Klassenkampf

# Schickeria vs. Volk

- **„Linke Gutmenschen-Schickeria hat keine Ahnung wie es im wahren Leben zugeht“ ([FPÖ-OÖ-Chef Haimbuchner 2016](#))**
- **„Gehen Sie einmal raus auf die Straße, in die echte Welt. Verlassen Sie Ihr ‚Bobostan‘ und sprechen Sie mit den Menschen über die Angst, die sie im Alltag begleitet!“ ([FPÖ Pressemeldung 2016](#))**
- **„Kunst-Schickeria wirbt für Van der Bellen“ ([unzensuriert.at 2016](#))**

# Kultureller Klassenkampf

***„Van der Bellen hat  
die Hautevolee und ich  
die Menschen“***

FPÖ-Präsidentschaftskandidat  
Norbert Hofer, 8. Mai 2016 [im ORF](#)



# Pegida-Sound

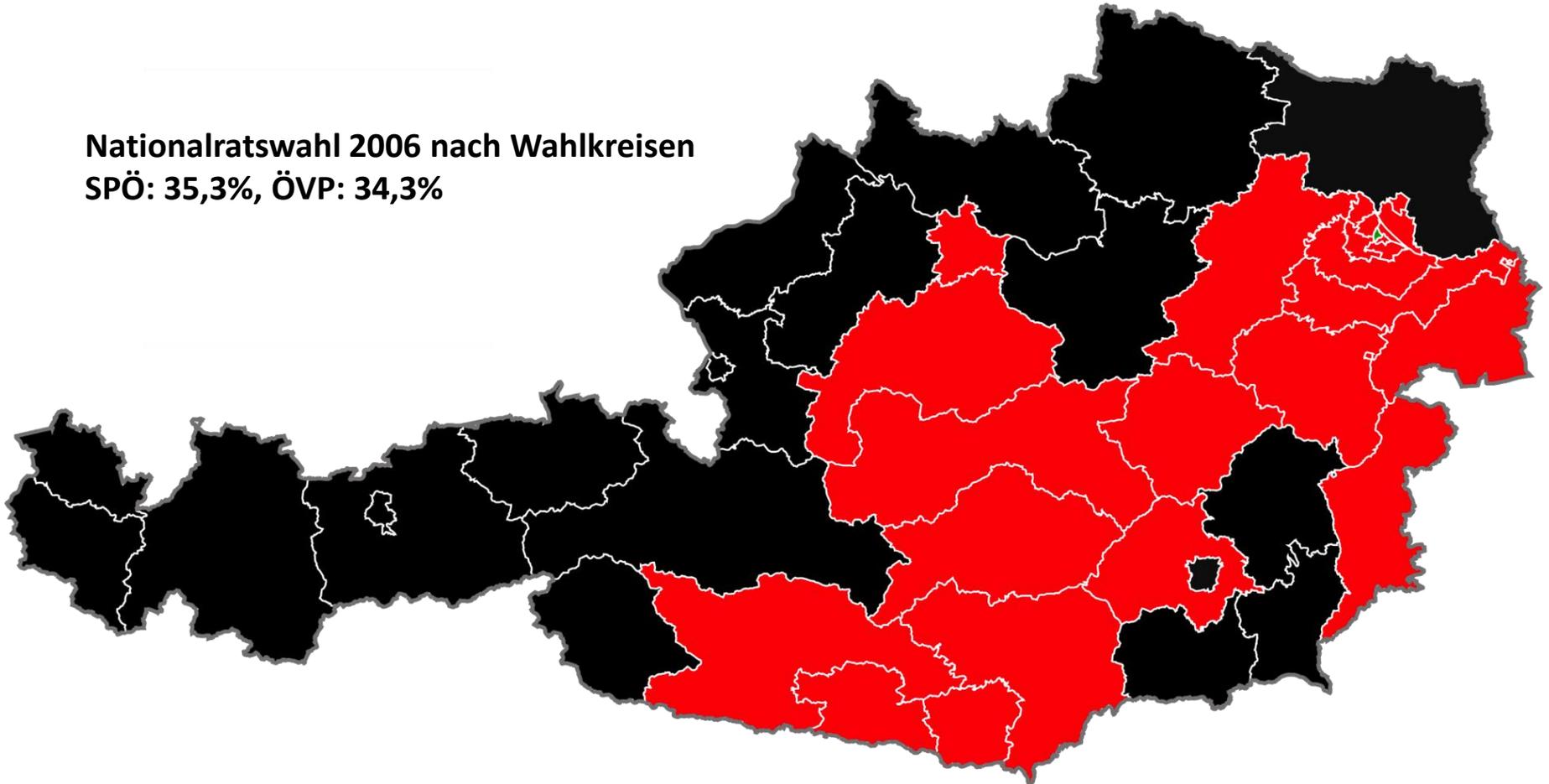




# Neue politische Landkarte

# Die alten Lager

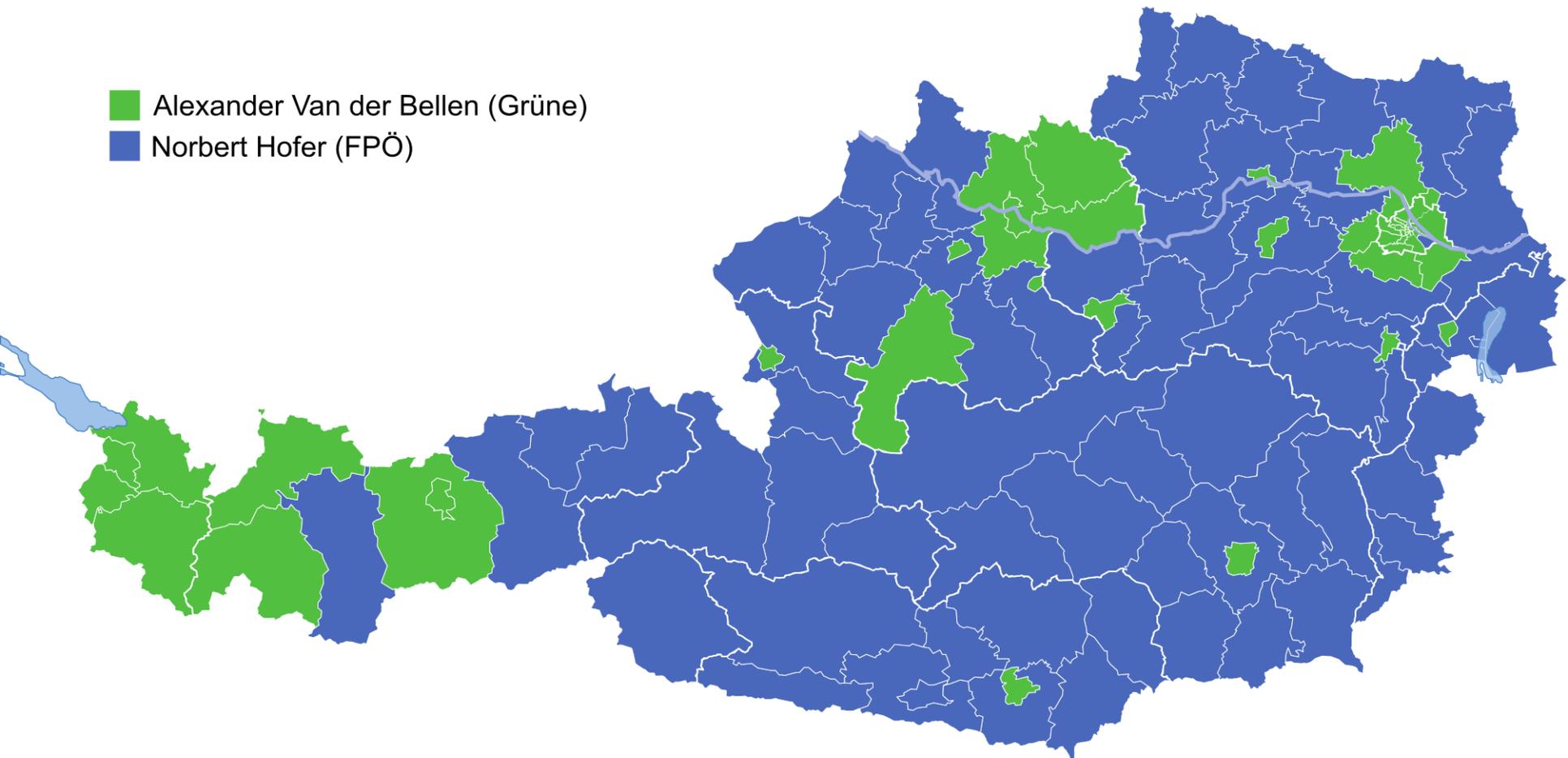
Nationalratswahl 2006 nach Wahlkreisen  
SPÖ: 35,3%, ÖVP: 34,3%



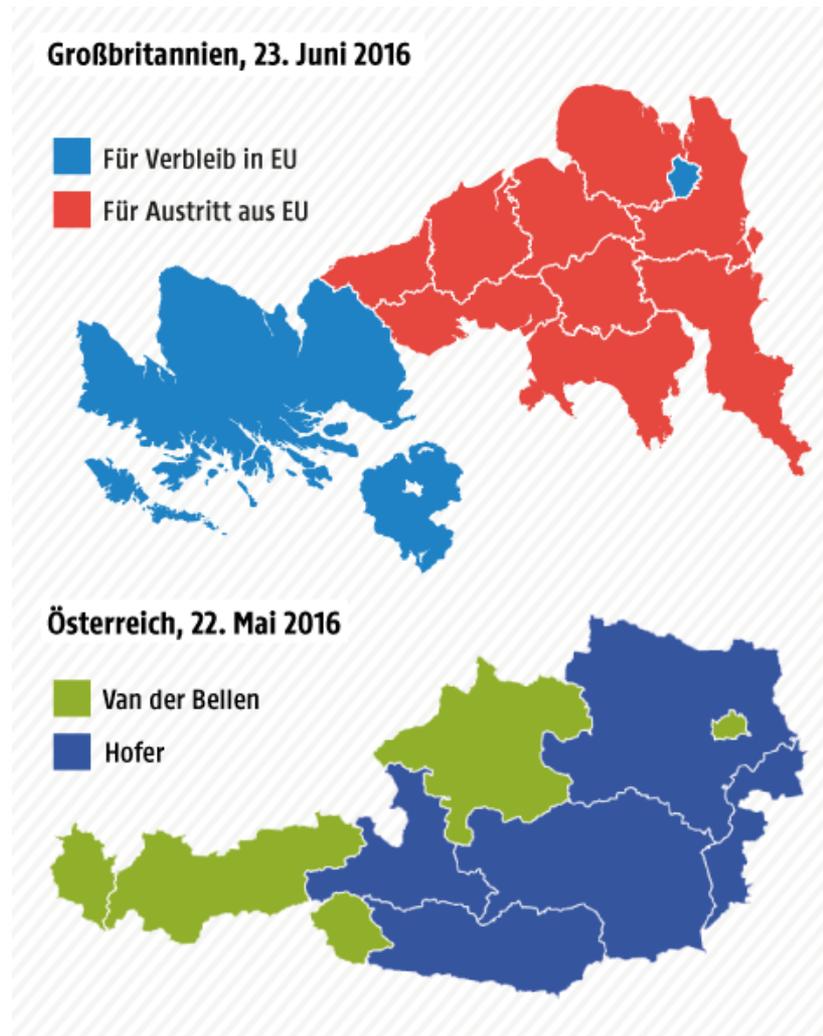
# Die neuen Lager

Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl am 22. Mai 2016 (2. Runde): Mehrheiten in den Bezirken

-  Alexander Van der Bellen (Grüne)
-  Norbert Hofer (FPÖ)



# Spannende Parallelen



# Eliten & Bevölkerung



# Wie bitte....?





# Primat der Politik

# Wirtschaft als Mittel zum Zweck

*„Die patriotischen Grundsätze begründen für die FPÖ einen absoluten und eindeutigen Interessensvorrang des eigenen Volkes und des eigenen Staates. Die Wirtschaft hat für den Staat und das Volk die materiellen Grundlagen für eine gedeihliche Entwicklung und ein angemessenes Leben im Wohlstand zu besorgen.“*

*„Entgegen immer wieder erhobenen Behauptungen ist die Globalisierung kein unabwendbares Naturgesetz“*

Freihandel konfliktär mit Humanität, Freiheit und Verteilungsgerechtigkeit.

*Die Europäische Union (...) trägt ebenso wesentlich zu einer Beschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Politik nationaler Parlamente bei.“*

*„Durch die Marktkonzentration bekommen immer größere Konzerne immer mehr Einfluss auf die Politik, was sich in Form des verbreiteten Lobbyismus und der unverblühten, demokratiewidrigen Einflussnahme auf die Gesetzgebung, besonders auf unionseuropäischer Ebene, beobachten lässt.“*

Handbuch freiheitlicher Politik, 4. Auflage 2013

# Nationale Front



**Marine Le Pen, FN**

- Kandidaten zur Präsidentenstichwahl 2012 seien „Sklassen der Sparpolitik“
- FN verlangte Referendum zum Fiskalpakt.
- 2014 warnte Le Pen Merkel davor, dass eine Fortsetzung der Sparpolitik zur „Explosion der EU“ führen würde.
- Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrie
- Protektionismus im Außenhandel
- Zentralbankfinanzierung der Staatsverschulung statt Austerität

Quellen: [Euronews](#) vom 1. Mai 2012, [Pressemeldung](#) des Front National vom 29. Juni 2012 und [Spiegel](#) vom 1. Juni 2014

# Lega Nord



- EU-Haushaltsregeln blockieren auch norditalienische Wirtschaft
- Ablehnung der Austerität ist Gemeinsamkeit mit Syriza

***"Die Griechenland-Wahl ist eine Ohrfeige für die europäische Sowjetunion des Euro, der Arbeitslosigkeit und der Banken."***

**Matteo Salvini, Lega,  
Präsident Lombardei**

Quellen: Der [Spiegel](#) vom 26. Jänner 2015 und die [Presse](#) vom 17. Februar 2015



**Geert Wilders stürzte 2012 die christlich-liberale Regierung, weil er nach heftigem Ringen um die von der EU vorgegebene Austeritätspolitik dem Minderheitskabinett die Unterstützung im Parlament entzog. Wilders wollte entgegen den Maastrichtvorgaben eine Neuverschuldung von vier Prozent ermöglichen.**

**Geert Wilders, PVV**

Quelle: [Die Welt](#), 24. April 2012

# ENF: Nationale Internationale



- Extrem neoliberaler Entwurf vom März 2016 wurde eingedampft, Programm vom Parteitag im Mai 2016 ist viel moderater
- Steuer- und Abgabenbremse ins Grundgesetz
- *„Die AfD will die nationale Steuererhebungskompetenz beibehalten und befürwortet den Wettbewerb nationaler Steuersysteme.“*
- Wiederherstellung von Bank- und Steuergeheimnis
- Abschaffung der Erbschaftssteuer, sie sei "mittelstandsfeindlich".
- Frauke Petry: Mindestlohn sei "*neosozialistisch*". Im Grundsatzprogramm begrüßt die AfD den Mindestlohn
- AfD spricht sich für Freihandel aber gegen TTIP aus

- AfD stark von marktliberalem Momentum ihrer Gründungsphase geprägt
- Bei zentralen Fragen erhebliche Anpassungen – Mindestlohn oder TTIP
- Metamorphose zu klassischer rechtspopulistischer Partei noch nicht abgeschlossen
- Keine Massenpartei wie der FN oder FPÖ

# Kernthesen

- **Der Rechtspopulismus stellt die soziale Frage wieder ins Zentrum, allerdings chauvinistisch überformt**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren eine Spaltung zwischen einer herrschenden (linksliberalen) Elite und dem Volk**
- **Die Rechtspopulisten benennen die demokratischen Schwachpunkte internationaler Handelsverträge und der EU**
- **Die Rechtspopulisten betonen als einzige das Primat der Politik über die Wirtschaft**
- **Die Rechtspopulisten suggerieren als einzige die Welt sei politisch gestaltbar und Demokratie habe reale Kraft**

---

**Danke für die Aufmerksamkeit**